

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telex: 8 85 846 pptrn  
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

## Inhalt

Gernot Erler MdB und Katrin Fuchs MdB verurteilen die elterliche Sparsamkeit der Bundesregierung bei der Abrüstungshilfe: Bonn bleibt hinter eigenen Ankündigungen zurück.

Seite 1

Dr. Ernst Dieter Rossmann MdL skizziert Eckpunkte der künftigen Bildungsreform: Erziehungsinstitutionen gegen konservative Ideologen verteidigen.

Seite 2

### Dokumentation

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und stellvertretende SPD-Vorsitzende, Johannes Rau, sprach vor der Föderalismus-Akademie in Bonn: Die europäische Einigung liegt im deutschen Interesse. Auszüge aus seinem Referat

Seite 4

48. Jahrgang / 204

25. Oktober 1993

### Eiserne Sparsamkeit bei der Abrüstungshilfe Bonn bleibt mit zehn Millionen DM bei weitem hinter seinen Ankündigungen zurück

Von Gernot Erler MdB  
Abrüstungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und  
Katrin Fuchs MdB  
Vorsitzende des Untersuchungsausschusses für Abrüstung und  
Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages

Zwei Zahlen werden an einem Tag bekannt: Die Bundesregierung hat schon 250 Millionen DM für den Somalia-Einsatz ausgegeben. Und Paris hat sich vertraglich verpflichtet, zwischen 1993 und 1996 Technische Hilfe im Wert von 143 Millionen DM an die Russische Föderation zugunsten einer sicheren Beseitigung von Atomwaffen zu gewähren.

Diese beiden Nachrichten lassen sich in Bezug setzen zu der kläglich kleinen Summe, die Bonn 1994 für den Haushalt einstellt, um Moskau Abrüstungshilfe zu leisten. Dabei anerkennt die Bundesregierung im diesjährigen Abrüstungsbericht verbal durchaus die Bedeutung einer solchen technischen Hilfe: Sie sei "eine neue zukunftsgerichtete Aufgabe unserer Außen- und Sicherheitspolitik", es gehe hier nicht nur um die Interessen von Kernwaffenstaaten sondern um die "Sicherheit aller Staaten" und entsprechend sei auch in "kommenden Jahren die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in angemessener Höhe" erforderlich. Eingestellt in den Haushalt 1994 werden aber sage und schreibe zehn Millionen DM!

Andere Länder tun weit mehr, um die sichere Deaktivierung von 30.900 nuklearen Sprengköpfen und 40.000 t Chemiewaffen in den GUS-Staaten zu flankieren: Die USA haben zum Beispiel bis 1993 800 Millionen Dollar bereitgestellt und wollen 1994 weitere 400 Millionen Dollar folgen lassen, England ist mit 30 Millionen Pfund dabei, Japan gab 1993 100 Millionen DM und selbst Italien verpflichtete sich zu Hilfsmaßnahmen von 7,5 Millionen Dollar, zahlte also mehr als die Bundesregierung.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressediensthaus / 217, 53113 Bonn  
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Fortwährender Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Dieser deutsche Spartrieb am falschen Ende ist völlig unverständlich. Im Zuge der geschlossenen Rahmenabkommen mit Rußland und der Ukraine sind bereits Projekte im Umfang von 29 Millionen DM konkret vereinbart worden. Das Geld fließt zu fast 100 Prozent zurück in die Aufträge an deutsche Fachunternehmen des technisch hochstehenden zivilen Nuklearlandes Bundesrepublik. Wer sich wirklich deutsche und europäische Sicherheit zum Ziel setzt und dabei heimische Arbeitsplätze auch noch im Auge behält kann Mittel gar nicht besser plazieren als in diesem Feld der Abrüstungshilfe.

Es gibt eine letzte Chance, den Titel in den Bereinigungsgesprächen des Haushaltsausschusses heraufzusetzen, was nach unserer Auffassung heißt, ihn wenigstens zu verdreifachen. Die anderen Fraktionen zeigen Bereitschaft, in der Sache mitzumachen. Es wäre auch niemandem zu vermitteln, daß Bonn aus Prestigegründen locker 250 Millionen DM auf den Tisch legt, um in Somalia Blauhelme zu unterstützen, die gar nicht da sind, bei der Frage der sicheren Beseitigung der gefährlichen Massenvernichtungswaffen in unserer Nachbarschaft aber die Taschen eisern zuhält.

(-/25. Oktober 1993/rs/ka)

\*\*\*\*\*

### **Die Bildungsreform behutsam weiterentwickeln**

**Die Sozialdemokraten tun gut daran, ihre Errungenschaften zu verteidigen**

**Von Dr. Ernst Dieter Rossmann MdL**

**Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein**

Wenn sich die konservativen Ideologen der CDU in diesen Tagen einmal mehr die Bildungspolitik zum Kampffeld suchen, tun Sozialdemokraten gut daran, ebenso nüchtern wie stetig drei Grundsätzen zu folgen:

- o den erreichten Fortschritt unserer Reformpolitik klar benennen und die Erfolge nicht selber kleinzureden,
- o die pädagogischen, strukturellen und finanziellen Probleme offen und rechtzeitig anzusprechen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen,
- o mit Lehrern, Eltern, Schülern, mit Hochschulen und der Wirtschaft die Konzentration auf Schwerpunkte in der Reformpolitik zu üben und die Bildungsreform behutsam weiterzuentwickeln.

#### **Die Probleme klar benennen und angeben**

Deshalb müssen wir immer wieder daran erinnern:

Mit der deutschen Einheit ist das strukturschwache Schleswig-Holstein im bundesweiten Finanzausgleich aus einem Empfänger- zu einem Geberland geworden. Die Regierung in Bonn schiebt die Lasten vermehrt auf die Länder ab, die Wirtschaft stagniert. Die daraus entstandene Finanznot hat einschneidende Folgen auch für die bildungspolitische Handlungsfähigkeit der Landesregierung. Hinzu kommen weitere Probleme:

- o Nach Jahren des Rückgangs wachsen die Schülerzahlen wieder. Deshalb müssen Lehrkräfte und räumliche wie sächliche Schulmittel möglichst effektiv eingesetzt werden und die Belastung durch wachsende Klassengrößen möglichst gering gehalten werden.
- o Die Einstellung junger Lehrkräfte ist in den nächsten Jahren nicht mehr auf der Basis neuer Planstellen möglich, weil die Finanzen dieses nicht hergeben. Deshalb muß durch Verbesserungen bei den Regelungen zur Teilzeitarbeit und die freiwillige Arbeitszeitverkürzung mit entsprechendem Gehaltsverzicht der schmale Einstellungskorridor erweitert werden.

- o Die optimale Nutzung der vorhandenen Mittel erfordert ein enges Zusammenwirken von Land, Schulträgern und Schulen mit vorausschauender Perspektive. Deshalb muß die Schulentwicklungsplanung kontinuierlich weiterbetrieben und gemeinsam umgesetzt werden.
- o Der Bedarf an Studienplätzen wird bei schon bestehender Überlast noch weiter steigen. Deshalb muß in enger Zusammenarbeit mit den Hochschulen eine Strukturreform an den Hochschulen eingeleitet und betrieben werden, um das Studium wieder studierbar zu machen und die begrenzten Mittel besser zu nutzen.
- o Die Wirtschaft ist Nutznießer der staatlichen Aufwendungen für Schulen und Hochschulen. Deshalb muß die Wirtschaft als verantwortlicher Partner im dualen System Ihrer öffentlichen Verantwortung für die qualifizierte Berufsausbildung auch finanziell wieder stärker gerecht werden.

Die gegenwärtigen schwierigen Zeiten erlauben also keine bildungspolitischen Blütenträume, sondern verlangen die Konzentration auf Kernaufgaben mit dem richtigen Augenmaß.

#### **Programmatische Perspektiven und behutsame Weiterentwicklung**

Programmatisch muß die SPD-Bildungspolitik der nächsten Jahre unter dem Leitgedanken der behutsamen Weiterentwicklung der Bildungsreform stehen. Die wesentlichen Schwerpunkte, auf die es sich dabei zu konzentrieren gilt, sind:

- o Stärkung der erzieherischen und sozial integrativen Aufgabe und Leistungsfähigkeit von Schule und Pädagogen,
- o Förderung der eigenverantwortlichen Gestaltungsmöglichkeiten der einzelnen Schulen (Schulautonomie),
- o Modernisierung der Bildungsinhalte im Hinblick auf Kernprobleme und Schlüsselqualifikationen,
- o Ausbau vielfältiger Kooperation zwischen den Schularten und Bildungsbereichen,
- o Aufwertung der beruflichen Bildung,
- o Strukturreform der Hochschulen.

In diesen Bereichen knüpfen wir an unsere Reformpolitik der letzten Jahre an. Und wir können zugleich verzeichnen, daß sich hier auch eine sehr positive Resonanz bei vielen Betroffenen und Beteiligten findet, die mit uns gemeinsam diese Wege gehen wollen. Denn zurück zu den alten CDU-Vorstellungen wollen ganz offensichtlich nur wenige.

#### **Bildungspolitik in schwieriger Zeit**

Unter maßgeblicher Mitwirkung der Experten aus der SPD-Landtagsfraktion hat der SPD-Landesvorstand jetzt ein bildungspolitisches Grundsatz-Papier als Beratungsgrundlage für den Landesparteitag am 13. November in Kiel verabschiedet, das hierzu etliche Vorschläge enthält.

Die Kernpunkte dieses Papiers sind:

- o Eine demokratische Schule braucht mehr eigenverantwortlichen Entscheidungs- und Handlungsspielraum, etwa auch in der Budgetgestaltung, in der Zeitplanung, in der Schulberatung.
- o Die Schule erfüllt immer mehr auch einen sozialen Auftrag als Teil des sozialen Netzes. Betreute Grundschulen, volle Halbtagschulen und Ganztagschulen sind deshalb schrittweise auszubauen, auch zum Zweck der sozialen Integration von wachsenden Zahlen ausländischer Kinder.
- o Die innere Schulreform verlangt nach neuen Lehrplänen und vielfältigen Unterrichtsformen. Notenzugnisse ab Klasse 4 können und müssen ergänzt werden durch Beratung, Berichte, Empfehlungen.

- o Die Durchlässigkeit zwischen den Schularten soll ausgebaut werden, mit mehr Kooperation auf jeder Ebene. Im ländlichen Raum sollen auch kleine Gesamtschulen möglich werden.
- o Die Aufwertung der beruflichen Bildung ist durch Doppelqualifikationen, mehr Abstimmung von betrieblicher und schulischer Berufsausbildung und spezieller Förderung für Benachteiligte zu unterstützen.
- o Der Ausbau der Hochschulen muß mit einer konsequenten, inneren Reform der Hochschulen verbunden werden.

Die geplante Diskussion über 'Bildungspolitik in schwieriger Zeit', wie das beschlossene Grundlagenpapier des Landesvorstandes überschrieben ist, darf dabei keine Eintagsfliege sein. Denn gerade in diesem Bereich der Politik wird Vermittlung, Begründung, Überprüfung von Maßnahmen immer wichtiger, weil das Spannungsfeld zwischen Erwartung und Machbarkeit, besonders groß ist.

(-/25. Oktober 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Johannes Rau: Die europäische Einigung liegt im deutschen Interesse**

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und stellvertretende SPD-Vorsitzende, Johannes Rau, sprach im Rahmen der Föderalismus-Akademie in Bonn zum Thema 'Deutschland in Europa - Fortentwicklung und Föderalismus'. Wir dokumentieren Auszüge aus seinem Referat.

Wir haben die Aufgabe im Westen, die Europäische Gemeinschaft für unsere östlichen Nachbarn zu öffnen. Das geht nur schrittweise. Zusammenarbeit muß verschiedene Möglichkeiten erlauben: Kooperation, Assoziation, Beitritt. Würden wir die beitragswilligen Staaten pauschal übernehmen, wäre die Gemeinschaft politisch und wirtschaftlich überfordert, und damit wäre keinem geholfen.

Es gibt zur wirtschaftlichen Hilfe in den neuen Staaten keine Alternative. Deshalb brauchen wir ein Europa weitblickender wirtschaftspolitischer Phantasie und kein Europa engstirniger Krämerseelen. Aber wirtschaftliche Hilfe reicht nicht aus, wenn man Grenzen überwinden will und wenn Menschen zueinander finden sollen. Ich sehe in einem dichtgewebenen Netz kultureller Beziehungen eine wichtige Voraussetzung dafür, daß Belastungen und Vorurteile abgetragen werden, die von Generationen aufgebaut worden sind. Was sich im Westen mit Frankreich bewährt hat, das müßte auch im Osten möglich sein. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk ist dafür ein gutes Beispiel.

Wir können aus unseren innerdeutschen Erfahrungen lernen, aus dem, was wir hoffentlich in unserem Vereinigungsprozeß gelernt haben: daß beim Zusammenwirken und Zusammenwachsen das Prinzip der Gleichberechtigung unabweisbar ist. Die Menschen in Osteuropa haben ihre Befreiung selbst in die Hand genommen, nicht wir haben sie befreit. Sie haben ein Recht darauf, daß sie ihre Erfahrungen in den Prozeß der Entstehung eines neuen und größeren Europas einbringen. Wer das Prinzip der Gleichberechtigung verneint, macht aus Integration Anpassung und aus Zusammenwachsen Unterordnung.

Das Europa der Regionen, von dem ich spreche - also nicht das Europa der Vaterländer; von dem spreche ich nicht -, steht aber auch in einer Verantwortung, die weit über die Grenzen der Europäischen Gemeinschaft und erst recht über die der Nationalstaaten hinausgeht. Das zeigen die Herausforderungen der Zukunft, ob es sich um Ökologie handelt, um Wirtschaft oder um Sicherung des Friedens.

**Europa muß sich der globalen Verantwortung stellen**

Es hilft uns nicht weiter, wenn wir - wie man es in letzter Zeit immer wieder hören kann - die nationale Verantwortungsgemeinschaft beschwören. Wir brauchen eine globale Verantwortungsgemeinschaft, aus der heraus wir das Wohlstandsgefälle in der Welt, das Gefälle zwischen Armen und Reichen, abbauen und aus der heraus wir die natürlichen Grundlagen unseres Lebens bewahren sowie dafür sorgen, daß Friede in Zukunft mehr ist als nur die Abwesenheit von Krieg. Dieser globalen Verantwortung müssen sich die Völker Europas stellen.

Das ist mit einer doppelten Aufgabe verbunden, zum einen damit, daß wir mit Entschiedenheit die Integration der Staaten Ost- und Südosteuropas in den Prozeß des politischen und ökonomischen Zusammenwachsens voranbringen, zum anderen damit, daß wir angesichts dieser gewaltigen Aufgaben nicht den Blick für die Herausforderung verlieren, die mit dem Stichwort einer sozialen und wirtschaftlichen Besserstellung der Dritten Welt gemeint ist.

Europa kann diese doppelte Aufgabe nur bewältigen, wenn es sich von inneren Konflikten freimacht. Blind machender Optimismus ist nicht angebracht. Der längst überwunden geglaubte Nationalismus bekommt heute in Südost- und Osteuropa ein neues Gewicht. Wir erleben in Jugoslawien, wohin nationalistischer Chauvinismus und Rassismus führen können: zu einem blutigen Bürgerkrieg, zu 'ethnischen Säuberungen', zu massenhaftem Elend.

Ich hoffe und bin zuversichtlich, daß dem vereinten Deutschland hier eine neue Funktion wächst, nicht als eine Hegemonialmacht, die Ruhe und Ordnung stiftet, aber als ein aus der Erfahrung mit der eigenen Geschichte klug gewordener Vermittler. Wir wissen doch: Die Verfolgung egoistischer Großmachtinteressen hat immer wieder zu Koalitionen unserer Nachbarn gegen uns geführt. Wenn wir wollen, daß diese unselbige Geschichte nicht fortgesetzt wird, müssen wir uns selber in die Europäische Gemeinschaft und eines künftigen Tages in die Europäische Union einbringen und einbinden. Für uns Deutsche ist die europäische Einigung kein hehres Ideal; sie liegt in unserem handfesten langfristigen Interesse, nach der Vereinigung noch viel mehr als vorher.

Edmund Burke hat vor 200 Jahren geschrieben: Nichts kann einer Nation verhängnisvoller werden als ein Übermaß an Parteilichkeit und Mißachtung der natürlichen Hoffnungen und Befürchtungen anderer. - Das gilt für uns Deutsche, weil wir das Land mit den meisten Nachbarn sind, ganz besonders.

Es gibt auch bei uns Stimmen, die möchten, daß die Bundesrepublik Deutschland zur Normalität des Nationalstaates zurückkehrt. Es gibt Leute, die haben keinen dringlicheren Wunsch als diesen. Das ist leichter gesagt als verstanden. Ich frage mich: Wer definiert eigentlich, was die Normalität des Nationalstaates ist? Was soll da Vorbild sein? Welche Anhaltspunkte finden wir in unserer Geschichte?

Unsere Geschichte ist ja in vieler Hinsicht anders verlaufen als die unserer Nachbarn. Man hat uns einmal eine verspätete Nation genannt, weil wir unsere nationale Einheit erst 1871 und unvollkommener als andere Nationen erreicht haben.

**Eine Erinnerung an Bismarck, eine an Heinemann**

Gustav Heinemann, auf den ich mich oft und gern berufe, hat gesagt: Es gibt schwierige Vaterländer; eines davon ist Deutschland. - Zu den Schwierigkeiten, die wir Deutsche mit unserem Vaterland hatten, hat auch der Prozeß der deutschen Einigung im 19. Jahrhundert gehört - und das, was daraus geworden ist. Wir singen in unserer Nationalhymne von Hoffmann von Fallersleben, die 1841 geschrieben worden ist, von Einigkeit und Recht und Freiheit. Wer die Linie von den Befreiungskriegen über Hambach und die Frankfurter Paulskirche bis nach Sedan und Versailles zieht, verzerrt den Gang der Geschichte. Von da führt kein direkter Weg zum Spiegelsaal von Versailles, wo das kleindeutsche Reich von Bismarck gegründet wurde.

Bismarck gehört für mich nicht in die Ahnenreihe derjenigen, die mit der Einheit des Volkes zugleich demokratische Freiheit wollten. Darum ist es kein Zufall, daß auf die Gründung des

Nationalstaates 1871 die gesellschaftliche Spaltung der Nation gefolgt ist. Ich meine den Kulturkampf, und ich meine den Konflikt mit den als "Reichsfeinde" und "vaterlandslose Gesellen" diffamierten Sozialdemokraten.

Ich finde in der 100jährigen Geschichte des deutschen Nationalstaates wenig, was man als Normalität des Nationalstaates bezeichnen kann. Das zeigen die Stationen dieser Geschichte, die Gustav Heinemann einmal so beschrieben hat: 100 Jahre Deutsches Reich, das heißt eben nicht einmal Versailles, sondern zweimal Versailles, 1871 und 1919, und das heißt auch Auschwitz, Stalingrad und bedingungslose Kapitulation von 1945.

Ich füge hinzu: Die Geschichte wiederholt sich nicht, aber wir müssen darauf achten, daß die staatliche Einheit von 1990 nicht wieder mit wachsender gesellschaftlicher Spaltung einhergeht, und damit meine ich mehr als nur materielle und soziale Fragen.

Müssen nicht wir alle mit Sorge beobachten, daß in vielen Köpfen neue Mauern wachsen? Gerade wir Deutschen haben eine besondere Verpflichtung, daß Nation nicht länger als Gemeinschaft verstanden - oder mißverstanden - wird, die auf völkisch-ethnischer, religiöser oder kultureller Geschlossenheit beruht. Ein völkisch verengter Begriff von Nation hat in der europäischen Geschichte großes Leid über Deutschlands Nachbarn gebracht und hat dazu die Einheit unserer Nation zerstört. Unser Grundgesetz verpflichtet uns auf das politische Ordnungsmodell einer offenen Republik. Seine Ausrichtung auf individuelle Freiheit- und Menschenrechte stellt uns in die Tradition der Aufklärung und der westlichen liberalen Demokratien. Diese Verankerung im Westen werden und dürfen wir nicht aufgeben. Ich sage das ohne jede Arroganz gegenüber den Menschen in den neuen Ländern, die seit 1933 - nicht erst seit 1949 - unter ganz anderen politischen Bedingungen leben mußten.

Das Prinzip der offenen Republik entspricht auch einer alten Erfahrung. Unsere Kultur ist jahrhundertlang durch Anstöße aus anderen Kulturtraditionen bereichert worden, durch die Hugenotten in Brandenburg-Preußen, durch die polnischen Bergarbeiter im Ruhrgebiet und nicht zuletzt durch deutsche Juden, die in Kunst, Kultur und Wissenschaft Großes vollbracht haben und mit der Ausweisung und Ermordung wir nicht nur sie geschändet, sondern auch uns selber ein Stück weit amputiert hatten.

#### Keine Alternative zum vielgestaltigen Zusammenleben

Es gibt heute noch weniger als in der Vergangenheit eine echte Alternative zum vielfarbigen und vielgestaltigen Zusammenleben in einer Welt, die durch Technik und Verkehr, durch Handel und Wandel, durch Medien und Kommunikation und nicht zuletzt durch Kunst und Kultur zusammenwächst.

Das neue Deutschland steht in einer europäischen und globalen Verantwortung. Paul Claudel hat Deutschland, das in diesem Jahrhundert für zwei Weltkriege verantwortlich war, eine besondere Aufgabe zugewiesen. Ich zitiere den großen französischen Dichter: Deutschland ist nicht dazu da, die Völker zu spalten, sondern sie zu versammeln. Seine Rolle ist es, Übereinstimmung zu schaffen, all die unterschiedlichen Nationen, die uns umgeben, spüren zu lassen, daß sie ohnehin nicht leben können, daß sie aufeinander angewiesen sind.

Ich glaube, daß dieser von Paul Claudel formulierte Auftrag weit über die Jahrtausendgrenze hinaus Gültigkeit behält, daß er uns dazu verpflichtet, gemeinsam mit unseren Freunden im Westen und unseren neuen Partnern im Osten ganz Europa aufzubauen. Das kann nach meiner Überzeugung am besten gelingen, wenn wir uns darüber verständigen, was auf der supranationalen Ebene zu regeln ist, weil es die Einzelstaaten überfordert, und was wir an die Regionen geben, weil es dort bürgernäher umgesetzt werden kann.

(-/25. Oktober 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*